Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 7gespaltene 38 mm breite Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet und in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angen. Reklamen die 75 mm breite Zeile 1 Mk. u. 10% Zuschl. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 u. Gr. Ulrichstr. 52.

Nr. 109. Halle, Mittwoch, den 6. März 1918.

In Erwartung der Offensive im Westen.

Ein geschichtlicher Ueberblick über den Krieg mit Rußland. — Japan in Sibirien. — Eine Rede Orlandos.

Der Siegeszug der Deutschen in Rußland.

Die gewaltigen Schlachten in Ostpreußen und Polen. — Die Befreiung Galiziens und der Bukowina. Der endgültige Friedensschluß.

WTB. Berlin, 5. März. (Drahtnachricht.) Durch den Friedensschluß mit Rußland ist der Zweifrontenkrieg beendet, die eiserne Umklammerung Deutschlands gesprengt und die militärische Armfreiheit für die Westfront gewonnen. Der Friedensschluß mußte bis zum letzten Ende mit den Waffen erkämpft werden. Dieser Kampf mit dem weit überlegenen Millionenheer des gewaltigen russischen Reiches, daß der Entente die größte Hoffnung gab, hat rund 53 Monate gedauert. Sie wurden zu einem ununterbrochenen Siegeszuge, nachdem die Generale Hindenburg und Ludendorff die Führung der Ostoperationen übernommen hatten. Die 250 000 Mann der starken Narew-Armee wurde von deutscher Hand in den letzten Augusttagen 1914 bei Tannenberg in offener Feldschlacht vernichtet. 500 Geschütze, 90 000 Gefangene blieben in deutscher Hand, 40 000 tote Russen bedeckten das Schlachtfeld. Am 10. September wurde die gleich starke russische Armee Rennenkamps an den Masurischen Seen nach ihrer schweren Niederlage zum fluchtartigen Rückzug gezwungen, und damit Ostpreußen bis auf das Grenzgebiet vorläufig befreit. Es folgte die Schlacht um Lodz, die fast 120 000 Gefangene einbrachte und am 6. Dezember ihren Abschluß fand und die russische Dampfwalze nach Warschau zurücktrieb. Anfang Februar des Jahres 1915 wird unter General Sievers die 10. russische Armee, die erneut in Ostpreußen einfallen wollte, zwischen Johannisburg und Pillkallen in groß angelegter Umfassungsschlacht geschlagen. 100 000 Gefangene und unzählbare Geschütze und Materialbeute fallen in deutsche Hand.

Im Mai 1915 erfolgte die Durchbruchsschlacht von Gorlice-Tarnow. Im Hochsommer desselben Jahres erfüllt sich das Schicksal Polens. Die Narew-Linie wird den Russen entrissen. Die Festungen Fultnsk, Rosshan, Ostrolenka, Lomza, werden erobert. Am 5. August fällt Warschau, am 26. August Brest-Litowsk. In der Verfolgung des Feindes werden die Wälder Bialystok und die Pripjetsümpfe kämpfend durchschritten. Der Großfürst Nikolaus wird abberufen. Im September fallen Grodno und Wilna, der siegreiche Vormarsch bis Riga und Dünaburg. Die russische Gegenoffensive scheitert unter ungeheuren Opfern. Die Folge der russischen Schläge ist das Ende der Zarendynastie und der Beginn der russischen Revolution. Die Revolutionsheere, von Kerenski erneut zum Angriff vorgetrieben, konnten den geplanten Durchbruch nicht erzielen. Im Juli 1917 befreite der Durchbruch der Mittelmächte im schnellsten Tempo den Osteil Galiziens und die Bukowina. Die Einnahme von Riga, Jakobstadt, die Eroberung der Insel Oesel, Dagö und Moon vervollständigten die Niederlage der gewaltigen russischen Armee. Friedensverhandlungen werden eingeleitet, sie scheitern an dem Verhalten Trotzkis und zwingen den Deutschen noch einmal das Schwert in die Hand, mit dem sie in unglaublichen Tempo bis Narwa, Pleskau, Plosk, Gomel vordringen und den endlichen Friedensschluß erkämpfen.

Das amerikanische Geschwader nach Ostasien unterwegs.

Für Wilson nur Wirtschaftsinteressen.

Amsterdam, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus New York wird gemeldet, daß das amerikanische Geschwader am jetzigen Sonntag nach Ostasien mit dem Bestimmungsort Wladiwostok ausgelaufen sei. Der „Matin" meldet: Die Entsendung des amerikanischen Geschwaders nach Wladiwostock bedeutet keinen Schritt gegen Rußland. Präsident Wilson hat in der russischen Frage einen von den Alliierten abweichenden Standpunkt eingenommen, daß er lediglich auf die Sicherung der amerikanischen Wirtschaftsinteressen bedacht sein würde.

Amerika gegen Japans Maßnahmen.

Kein Eingreifen Amerikas in Sibirien.

Basel, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Baseler Nachrichten" erfahren aus Paris: Die Washingtoner Regierung erhebe keinen Einspruch gegen die in Tokio beschlossenen Maßnahmen. Es ist jetzt nicht mehr die Rede von einem amerikanischen Mitteingreifen in Sibirien, auch im fernen Osten wird der Präsident Wilson den Richtlinien treu bleiben, die er einmal aufgestellt hat.

Japan nur gegen die Bolschewiki-Regierung.

Eine Drohnote Chinas an Rußland in Sicht?

Genf, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Meldung aus Tokio würde sich das japanische Ultimatum nicht an Rußland, sondern lediglich an die Bolschewiki-Regierung richten. Man wolle damit warten, bis der japanische Gesandte außerhalb des Machtbereichs der Bolschewiki gelangt sei. Das Ultimatum soll gestützt sein auf das Mandat der Entente. Alle bis zum Sonderfrieden von Brest-Litowsk von den Bolschewiki unternommenen Schritte sowie deren Unterlassungen sollen als ententefeindlich gekennzeichnet werden. Es ist fraglich, ob Japan auch im Interesse Chinas sprechen oder ob die Pekinger Regierung eine aufsehsteigende Drohnote an Rußland richten wird.

Zum Schutze der Alliierten-Interessen in Japan.

Keine Opposition der Vereinigten Staaten.

WTB. London, 5. März. (Drahtbericht.) Reuter. „Daily Mail" meldet, daß die Verhandlungen über die Intervention Japans in Sibirien vermutlich in den nächsten 24 Stunden vollständig beendet sein werden. Die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Tokio beabsichtigen gestern, gemeinsam Vorstellungen zu machen und zu ersuchen, daß Schritte zum Schutze der Interessen der Alliierten in Sibirien unternommen werden. Man glaubt nicht, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten in Tokio an diesen gemeinsamen Vorstellungen teilnehmen wird. Es ist aber von den Vereinigten Staaten keine Opposition zu erwarten.

Mandschurei und Sibirien den Japanern.

WTB. Paris, 4. März. (Agence Havas.) Der Konferenzausschuß für auswärtige Angelegenheiten hörte Ausführungen Pichons über die diplomatische Lage und über die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan an. Nach Schluß der Sitzung gaben Mitglieder des Ausschusses, ohne genauere Auskunft geben zu wollen, zu verstehen, es habe den Anschein, daß alle Alliierten übereingekommen seien, Japan die Intervention in der Mandschurei und Sibirien zu überlassen.

Die bevorstehende Offensive an der Westfront.

Heftigkeit der deutschen Vorstöße.

Genf, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Vom westlichen Kriegsschauplatz wird gemeldet: Die Zunahme der Gefechtstätigkeit im Westen, die mit der Schließung der französischen und italienischen Grenze zusammenhängt, veranlaßt Agence Havas nach dem heutigen französischen Generalstabsbericht zu der Feststellung, daß trotz der Heftigkeit der deutschen Vorstöße, es sich vorläufig anscheinend nur um großzügige Erkundungsoperationen an der ganzen Front handele. Beide Teile üben eine erhöhte Gefechtstätigkeit aus, aber es sei voreilig, die jetzt stattfindenden Gefechte als das unmittelbare Vorspiel zu der bevorstehenden Offensive anzusehen.

Befürchtungen der feindlichen Kriegsleitung.

Der Ländervertrag zwischen dem Vielverbande hinfällig.

Basel, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Schweizer Depeschen-Information meldet aus Mailand: Der Kriegsleitung bleibe nunmehr das Problem der Westfront. Alles konzentriere sich auf die Frage, welcher Widerstand jetzt für die Entente erforderlich ist, um den Durchbruch an der italienischen Front und an der Vogesenfront zu verhindern. Die Blätter verschiedenen, durch die Verschiebung des Schwerpunktes vom Osten nach dem Westen sei der Ländervertrag hauptsächlich hinfällig geworden.

Flucht der englischen Botschaft aus Petersburg.

WTB. London, 4. März. Wie das Reutersche Büro erfährt, ist das Personal der englischen Botschaft in Petersburg wohlbehalten in Helsingfors angekommen.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Staatenkrieg und sozialer Krieg.

Von

Georg Brandes.

(Aus „Politiken".)

Aus Stockholm erhielt ich (am 12. Februar) folgendes Telegramm in englischer Sprache: „Ich bin soeben von Amerika angekommen und befinde mich auf dem Wege nach Rußland als Vertreter des „New York Herald" mit dem Auftrag, die neue Krise zu studieren. Ich besuchte Rußland, als Kerenski erster Minister war, im Juli und August vorigen Jahres. Sie erinnern sich wohl noch meines Besuches bei Ihnen Anfang 1916 und unserer Begegnung in New York. Würde in hohem Grad Wert auf Drahtmitteilung legen — Antwort bezahlt — betreffend Ihren Eindruck von der russischen Krise, den Bolschewisten und Brest-Litowsker Friedensverhandlungen. Was denken Sie über Präsident Wilsons Friedensbedingungen, wie sie in seiner letzten Kundgebung entwickelt sind? Herzlichste Grüße und beste Wünsche. Die Antwort bitte zu adressieren an die amerikanische Gesandtschaft in Stockholm."

Ich sandte (in derselben Sprache) eine Antwort, die ich auf dänisch veröffentlichen möchte, da ich Zweifel hege, daß „New York Herald" sie abdruckt oder abdrucken kann:

„Das einzige Verdienst des Bolschewismus ist sein Drang nach Frieden. Nichtsdestoweniger hat dieser Drang den Bürgerkrieg hervorgerufen. Ich, der ich keine andere Art von Radikalismus wertschätze als den aristokratischen, glaube absolut nicht an den Segen der vergörterten Demokratie, ebensowenig wie an den der Plutokratie. Ich bin kein Bewunderer von Phrasen. Darum kann ich auch keine Begeisterung für die Kundgebung Ihres Präsidenten fühlen. Das Menschengeschlecht braucht den Frieden und kann nicht auf ihn warten, bis noch weitere Millionen geschlachtet sind. Falls die Völker jetzt keinen Frieden erlangen, wird das zur Wirklichkeit werden, was ich im Sommer 1916 voraussagte. Das Proletariat wird in einen solchen Grad von Erregung kommen, daß die soziale Revolution, die niedergehalten worden war, solange die Menschheit noch ein bißchen Vernunft bewahrte, mit derselben Wildheit ausbrechen wird, wie der Krieg. Sie ist ja bereits in Finnland und Rußland ausgebrochen. Sie wird auch in anderen Ländern auf die kriegerischen Zusammenstöße folgen, wie die Kommune in Paris 1871 auf sie folgte, und das bißchen geistesaristokratische Zivilisation, welches der Krieg noch möglicherweise übrig gelassen hat, wird dem Erdboden gleichgemacht werden.

Aber — die Gerechtigkeit, die in das Verhältnis der Nationen zueinander eingeführt werden sollte! Wer kann diese Gerechtigkeit definieren? Wer hat jemals Frau Justitia gesehen? Alles, was wir über sie wissen, ist, daß sie eine Binde vor den Augen hat und in den Händen eine Wage und ein Schwert hält. Sie ist in Wirklichkeit die große „blinde Kuh", die versucht, den einen oder den anderen einzufangen und herauszufinden, wer er ist, die aber meistens daneben greift, immer falsch wägt und mit ihrem schlecht geführten Schwert in der Regel den Verkehrten trifft. Wir sollten den Frieden nicht auf die Ankunft dieser Dame warten lassen.

Meine Meinung ist u. a. die: was nützt es, einen vernünftigen Frieden zu fordern, einen sogenannten gerechten Frieden? Die Friedensbedingungen sind konkret, diktiert von dem Bestreben der Parteien, den Abschluß der Feindseligkeiten zu erlangen; aber man kann sie nicht messen mit abstrakten Begriffen wie Vernunft und Gerechtigkeit. Diese Wörter sind allzu unbestimmt, als daß man sie innerhalb der Staaten anwenden könnte, wo es sich um Festsetzung einer Zahl handelt. Es ist unmöglich, sagen wir, drei Jahre Zuchthaus eine vernünftige und gerechte Strafe für ein bestimmtes Vergehen zu nennen; weder die Vernunft noch die Gerechtigkeit sagt uns, daß die Strafe nicht ebensogut zwei Jahre sein könnten. Ebenso unmöglich ist es, die Gerechtigkeit als abstrakten Begriff über eine Streitfrage zwischen den Staaten entscheiden zu lassen, z. B. die Frage betreffend Elsaß-Lothringen. Deutschland will diese Länder behalten, die einmal ungemischt deutsch waren und zu Deutschland gehörten. Frankreich verlangt sie zurück, weil sie zweihundert Jahre lang zu Frankreich gehörten und sich nur widerstrebend darein fanden, daß sie an das Deutsche Reich zurückkamen. In den 47 Jahren, die seit dieser Abtretung vergangen sind, ist die Bevölkerung in der großen Mehrzahl deutsch und deutschgesinnt geworden, teils durch Auswande-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180306016/fragment/page=0001

rung Französischgesinnter und Einwanderung Deutscher, teils durch die Veränderung der Gesichtspunkte, welche die veränderten Verhältnisse und die ökonomische Entwicklung mit sich geführt haben. Was lehrt nun die abstrakte Gerechtigkeit? Hält sie zu den Franzosen, die die Rückgabe der Provinzen fordern? Oder hält sie es mit den Deutschen, die behaupten, daß die Bewohner mit ihrem Los zufrieden sind? Falls eine Abstimmung vorgenommen werden soll, für wen fordert die Gerechtigkeit dann Stimmrecht? Für die Ausgewanderten und deren Kinder? Oder für die Einwohner, die sich im Augenblick im Lande befinden? Machtverhältnis und praktische Rücksichten werden über die Frage entscheiden; mit abstrakten Begriffen wie Gerechtigkeit und Vernunft kommt man hier nicht weit.

Wir leben unter der Herrschaft einer Epidemie, verwüstend wie die der Flagellanten im Mittelalter, nur viel schlimmer, der Epidemie des Konkurrenzkrieges, bei der sich die Staaten geißeln, indem sie andere geißeln. Aber auf die eine Epidemie folgt eine andere. Wie im Jahre 1348, als sich der schwarze Tod von Asien nach Europa verpflanzte und der Raserei neuen Aufschwung gab, folgt jetzt die soziale Revolution, deren Pest sich nun von Rußland nach Finnland verbreitet hat und alle nordische Zivilisation in diesem Staat mit dem Untergang bedroht, um sich danach über ganz Skandinavien und aller Wahrscheinlichkeit nach bis nach Italien und anderen vom Kriege entnervten Ländern auszudehnen. Vielleicht werden die Unruhen, die sogar in dem ruhigen und allzu gleichgültigen Kopenhagen stattgefunden haben, den Dänen die Augen dafür öffnen können, wie ernst die Zeiten und wie wenig geeignet für Fastnachtsscherze und Bälle sie sind. Falls die drei nordischen Staaten nicht so machtlos und durch die Verhältnisse zu unbedingter Neutralität, ja zu einer passiven Haltung gezwungen wären, die starkfühlende und tatkräftige Männer als eine Schande empfinden, würde diesen Staaten keine Aufgabe näher liegen, als ihre bewaffnete Jugend nach Finnland gehen zu lassen, um das ihrige dazu beizutragen, dort wertvolle Menschen und eine gemeinschaftlich-nordische Kultur gegen den mörderischen Pöbel zu beschützen, welcher sich Helsingfors' bemächtigt und eine Schreckensherrschaft in dem ganzen südlichen Teil des Landes eingeführt hat. Unter den zahlreichen Gründen, warum sich das nicht ausführen läßt, ist besonders der, daß durch den Druck des Weltkrieges die Unterklasse — in den nordischen Staaten wie in anderen — soweit zurückgesetzt worden ist, daß sie völlig aus dem Gleichgewicht kam und voraussichtlich mehr Verwandtschaft mit Finnlands Roter Garde als mit der Weißen fühlt, also Einspruch erheben würde gegen die Absicht, Finnland mit Waffenmacht zu Hilfe zu kommen, als einen Versuch des Bürgerstandes, den Standesgenossen auf Kosten des Arbeiterstandes beizustehen.

Es gibt in jedem Lande die eine oder die andere lärmende Partei, die nicht einräumen will, daß plünderungslustige und blutdürstige Banden kein Recht haben, sich Vertreter der Arbeiter zu nennen und von der Sympathie der arbeitenden Klasse unterstützt zu werden. Die tiefe Spaltung zwischen den einander bekriegenden Völkern wird nun von der in Rußland und Finnland eingeleiteten ebenso tiefen Spaltung zwischen Besitzenden und Besitzlosen getreugt. Es hat sich eine Kluft geöffnet zwischen denen, die mit dem Kopf arbeiten und denen, welche mit den Händen arbeiten (und die zurzeit ihre Hände zu Plünderung und Mord gebrauchen). Diese Kluft scheint ebenso tief und gefährlich zu sein wie diejenige zwischen Deutschen und Franzosen, Deutschen und Engländern, sogar tiefer und gefährlicher. Der Krieg zwischen den Staaten kann doch — wie fern doch diese Aussicht noch liegt — durch die einfache Unterschrift einer Uebereinkunft abgeschlossen werden. Der Klassenkampf ist ebenso unheimlich und ebenso roh, aber abgesehen davon, daß er heimtückischer ist, umfaßt er ein noch größeres Landgebiet und ist darum von noch längerer Dauer. Er ist keine akute Krankheit, sondern eine chronische, und er kann kaum zur Ruhe gebracht werden außer durch eine solche Veränderung aller Verhältnisse, die Geschlechter hindurch das Leben all seines Glanzes, seiner Entwicklung, seiner Blüte berauben würde.

Als der Nationalhaß in Rußland und Finnland sich gelegt hatte, brach der Klassenhaß mit noch stärkerer Leidenschaft aus. Als Rußland von dem Zarentum und Finnland von der Fremdherrschaft befreit wurden, ergriff das Proletariat in beiden Ländern das Beil des Scharfrichters, das frei geworden war. In Rußland waren während des Zarentums alle Gefängnisse überfüllt. In Finnland gab es während der politischen Despotie wenigstens Sicherheit auf Straßen und Plätzen. Rein unpolitischen Mord und Plünderung kannte man nur als ein Kriminalverbrechen, das hier und da einmal vorkam. Heute gehören sie zur Tagesordnung. Der Krieg zwischen den Staaten ist in Osteuropa vom Gesellschaftskriege abgelöst worden, und während die Vernunft unglücklicherweise nicht ansteckend ist, ist es die Tollheit um so mehr."

Der Kaiser an Hindenburg.

„Die baltischen Brüder dürfen sich wieder als Deutsche fühlen".

WTB. **Berlin**, 5. März. (Amtlich.) Se. Majestät der Kaiser sandte folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall von Hindenburg:

Nachdem gestern nachmittag der Friede mit Rußland unterzeichnet und hiermit der fast vierjährige Krieg an der Ostfront zu glorreichem Abschluß gelangt ist, ist es mir tiefempfundenes Herzensbedürfnis, Ihnen, mein lieber Feldmarschall, und Ihrem treuen Gehilfen, dem General Ludendorff, Meinen und des deutschen Volkes heißen Dank erneut auszusprechen. Sie haben durch die Schlacht von Tannenberg, durch die Winterschlacht in Masuren und durch die Kämpfe bei Lodz den Grund zu allen weiteren Erfolgen gelegt und die Möglichkeit geschaffen, mittels des Durchbruches Gorlice, Tarnow die russische Armee zu weiterem Rückzuge zu zwingen und allen ferneren Anstürmen feindlicher Heeresmassen siegreich standzuhalten, und nun ist der kostbare Siegespreis jahrelangen Ringens in unserer Hand. Unsere baltischen Brüder und Volksgenossen sind von russischem Joch befreit und dürfen sich wieder als Deutsche fühlen. Gott war mit uns und wird weiter helfen.

Wilhelm I. R.

Der Eisenbahnetat im Abgeordnetenhause.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz über den Friedensvertrag mit Rußland. — Das Telegramm an den Kaiser. — Die weitere Etatberatung.

Berlin, 5. März.

Am Regierungstisch: v. Breitenbach, Hergt.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit folgender Ansprache:

In den wenigen Tagen seit unserer letzten Sitzung ist ein Ereignis von zweifellos weittragender weltgeschichtlicher Bedeutung eingetreten. Infolge des entschlossenen Vormarsches unserer Truppen nach dem zweideutigen Abschluß, den unsere Friedensverhandlungen mit Rußland am 10. v. M. in Brest-Litowsk gefunden hatten, ist nunmehr vorgestern, am 3. d. M.,

ein formeller Friedensvertrag

zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten einerseits und der gegenwärtigen russischen Regierung andererseits in Brest-Litowsk zum Abschluß und zur Unterzeichnung gelangt. Man mag über Einzelheiten dieses Friedensvertrages denken wie man will, ein Ereignis von der weittragenden geschichtlichen Bedeutung, ganz besonders für das Königreich Preußen, bedeutet dieser Friedensschluß ohne Frage. Abgesehen von dem

ungeheuren strategischen Vorteil,

welcher uns, besonders nach einem wohl in kürzester Frist zu erwartenden Friedensschluß mit Rumänien, die Möglichkeit bieten wird, nunmehr — befreit aus der jahrzehntelang auf uns lastenden Umklammerung — unsere Operationen allein auf unsere Westfront konzentrieren zu können. Ganz abgesehen von diesem augenblicklichen strategischen Vorteil, dürfen wir doch auch wohl für die Zukunft, wenigstens bei einer entschlossenen Auswertung unserer mit dem Friedensvertrag erkämpften neuen Gerechtsame, eine wesentlich verstärkte Sicherung der bis dahin am unmittelbarsten gefährdeten Ostgrenze des Königreichs Preußen erhoffen. (Beifall.)

Zu dieser Erwägung habe ich mir gestattet, gestern an Seine Majestät den Kaiser und König im Namen des Hauses

ein Glückwunschtelegramm

folgenden Inhalts zu senden:

„Aus Anlaß des gestern an unserer Ostfront vollzogenen siegreichen Friedensschlusses mit Rußland, wie wir ihn in erster Linie den unvergänglichen Ruhmestaten unseres Heeres und seiner großen Führer verdanken (Beifall), wollen Eure Majestät auch die ehrerbietigsten Glückwünsche des preußischen Abgeordnetenhauses zu dieser neuen Sicherung unserer Ostgrenzen und neuen Wahrung des Deutschtums in den benachbarten deutschen Ordensländern huldvollst entgegennehmen. Gott der Herr wolle Eure Majestät vergönnt sein lassen, unserem Volke zu diesem Teilfrieden bald einen gleich siegreichen allgemeinen deutschen Frieden mit allen unseren Feinden bereiten zu können." (Lebhafter Beifall.)

Aber, meine Herren, ich vermag auch an dieser weiteren Etappe auf unserem Wege für einen allgemeinen siegreichen Friedensschluß nicht vorüberzugehen, ohne von neuem der

tiefen Dankbarkeit

Ausdruck zu verleihen, die wir auch bei diesem neuen Fortschritt doch zweifellos in erster Linie den unvergleichlichen Heldentaten unserer Truppen und ihrer genialen Führung (Langer, lebhafter Beifall), ihrer Führung von Tannenberg und den masurischen Seen bis an den Peipus-See, und von Gorlice an den Sereth, und jetzt sogar bis nach Kiew verdanken. Und wie es war, so wird es auch bleiben. Das ist unsere felsenfeste Zuversicht auch für den uns noch bevorstehenden schweren Endkampf an unserer Westfront. Auch da wie im Osten wird mit Gottes Hilfe unseren Waffen nun der volle Endsieg bald nicht mehr fehlen. (Lebhafter Beifall.)

Die Eisenbahnverwaltung.

Zur Beratung steht dann die zweite Lesung des Haushaltsplans für die Eisenbahnverwaltung. Verbunden damit ist die Beratung über den Bericht der Eisenbahnverwaltung über die Betriebsergebnisse des letzten Jahres, ferner die Beratung über den Gesetzentwurf zur Erhebung von Kriegszuschlägen im Güter- und Tiervertehr.

Zunächst findet eine Aussprache über diesen Gesetzentwurf und eine Erörterung aller Güter- und Personentariffragen statt.

Abg. **Hirsch**-Essen (Natl.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Minister hat im Ausschuß erklärt, daß er nicht hätte erwarten können, daß in den acht Monaten seit Verabschiedung des Haushaltsplans der Kohlenpreis von etwa 16 Mark auf etwa 28 Mark steigen würde. Daher **könne er nicht, wie er gehofft habe, ohne Zuschläge auskommen. Diese Zuschläge sind nur als Kriegszuschläge gedacht, das vermindert die Bedenken ganz erheblich. Für die Notwendigkeit dieser Zuschläge geben die Ziffern der Einnahmen und Ausgaben eine Begründung, deren Gewicht man sich nicht entziehen kann.** Im Ausschuß wurde angeregt, zu bestimmen, „bis zu" 15 Prozent Zuschlag zu erheben, um so dem Minister eine gewisse Bewegungsfreiheit zu geben.

Abg. **Macco** (Natl.) erklärte sich mit der Erhebung von Zuschlägen in dieser Höhe einverstanden. Er bemerkte noch, daß eine Hoffnung in absehbarer Zeit die Zuschläge zu den Schnellzügen fallen lassen, nicht vorhanden sei. Man wolle die Sache so regeln, daß für eine Fahrt III. Klasse eine Karte II. Klasse, für eine Fahrt II. Klasse eine Karte I. Klasse und für eine Fahrt I. Klasse eine Karte I. und II. Klasse gelöst werden müsse.

Abg. Graf **von der Gothen** (Kons.): Die erhöhten Tarife schädigen die Landwirtschaft schwer, noch härter das Handwerk beim Bezuge von Rohstoffen.

Abg. **Dr. Schnedding** (Ztr.): **Wir stimmen der Tarifvorlage zu.**

Eisenbahnminister **von Breitenbach**: Die Regierung ist mit schwerem Herzen an die Tariferhöhung herangegangen. Die Eisenbahn-Verwaltung wird unser Wirtschaftsleben stets zu fördern suchen. Gegen den ausländischen Wettbewerb müssen wir nach dem Kriege unser Wirtschaftsleben schützen und die Ausfuhr unterstützen. Alle anderen Eisenbahnen haben bereits im Kriege Tariferhöhungen vorgenommen.

Abg. **Dr. Rewoldt** (Freik.): Wir hoffen, daß die Einbringung der Vorlage lediglich die Forderung des wirtschaftlichen Lebens durch Stützung der Ausfuhr maßgebend war.

Abg. **Lippmann** (Vpt.): Man kann nicht unter den Selbstkosten arbeiten, auch unsere Eisenbahnen nicht.

Abg. **Hofer** (U. S.): Wir lehnen die Tarifvorlage ab, die das Volk, namentlich die arbeitenden Klassen schwer belastet.

Die Aussprache schließt.

Der Abg. **Leinert**, der sich zum Worte gemeldet hatte, war nicht auf die Rednerliste gesetzt worden. In der Erörterung hierüber stellt der Präsident fest, der Seniorenkonvent habe beschlossen, daß die Sozialdemokraten und die Unabhängigen Sozialdemokraten nicht zwei verschiedene Parteien, sondern 2 Gruppen einer Partei seien. Der Seniorenkonvent wird diese Frage nochmals prüfen.

Der Tarifgesetzentwurf wird in der Kommissionsfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zum Eisenbahnetat beantragt die Kommission, das Abkommen betreffend die Trennung der Eisenbahnfinanzen und der allgemeinen Staatsfinanzen um zwei weitere Jahre zu verlängern.

Abg. **von der Gröben** (Kons.) dankt den Beamten von der Eisenbahnverwaltung und den Frauen im Eisenbahndienst für ihre aufopfernde Pflichttreue während des Krieges. Er fordert strengste Verfolgung der Eisenbahndiebstähle und eingehende Prüfung der Vorschläge der Lokomotivführer zur Verhütung von Unfällen.

Abg. **Dr. Schnedding** (Ztr.): **Auch wir danken den Arbeitern und Beamten für ihre Pflichttreue.** Ich vertraue darauf, daß bei dem gesunden vaterländischen Sinn der Mehrzahl der Eisenbahner die Aufhetzungsversuche gewisser Preßorgane keinen Erfolg haben werden.

Abg. **Dr. von Wenna** (Freik.): Wir schließen uns dem Danke der Vorredner an die Beamten an. Wir freuen uns über das gute Verhältnis zwischen der Eisenbahn-Verwaltung und der Militär-Verwaltung. Eine Ausdehnung der vielbesprochenen Demokratisierung des Staatslebens auf die Eisenbahn-Verwaltung ist undenkbar.

Minister **von Breitenbach**: Ich danke den Vorrednern für die Anerkennung der Leistungen des Eisenbahnpersonals, dessen Stimmung im ganzen fest und geschlossen ist. Die Verwaltung trägt den Ansprüchen des Personals auf Besserung des Einkommens Rechnung. Bei den Klagen über die verschiedenen Unbequemlichkeiten des Reisens ist zu berücksichtigen, daß das gegenwärtige Personal nicht so geschult ist wie das frühere. Wir werden bei aufreizenden Preßartikeln nicht die Grenze überschreiten lassen, die eine geordnete Verwaltung fordern kann. Heeres-Verwaltung und Eisenbahn-Verwaltung müssen Hand in Hand miteinander arbeiten.

Weiterberatung Mittwoch 11 Uhr.

Die Friedensberatungen mit Rumänien.

Berlin, 5. März. **In parlamentarischen Kreisen wird erwartet, daß der Friedensvertrag zwischen dem Vierbund und Rumänien in diesen Tagen unterzeichnet werden wird. Die Verhandlungen werden geheim geführt, doch verlautet, daß sie günstig voranschreiten. Sie bewegen sich in der bereits bekannten Richtung, daß letzten Endes die bulgarischen Ansprüche auf die Dobrudscha befriedigt, daß aber auch die rumänischen Wünsche in Bezug auf Bessarabien berücksichtigt werden sollen. Die dynastische Frage ist eine innere Angelegenheit Rumäniens; daß aber einflußreiche Kreise Rumäniens selbst in einem Thronwechsel den besten Ausweg aus inneren Schwierigkeiten sehen, ist bereits bekannt.**

Die wirtschaftlichen Fragen.

Bukarest, 5. März. **Wie der Sonderberichterstatter der Expreß-Korrespondenz erfährt, nehmen die Friedensverhandlungen in Bukarest einen günstigen Verlauf. Die wirtschaftlichen Fragen, soweit sie sich auf den Warenaustausch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages beziehen, werden in besonderen Kommissionen durchberaten. Die von der rumänischen Regierung nach Bukarest entsandten wirtschaftlichen Sachverständigen, die als Autoritäten gelten, prüfen gemeinsam mit den Beiräten der Mittelmächte die Möglichkeiten der Ausfuhr von Bodenerzeugnissen nach Mitteleuropa und die etwaigen Kompensationen, die Rumänien geliefert werden können.**

Besonderer Klärung wird neben der Grenzfrage sowie der Frage der Wagenstellung die Angelegenheit des Warenaustausches und der Petroleumquellen bedürfen.

Die Versorgung aus der Ukraine.

Wien, 5. März. **Ueber die Art und Weise, wie die Mittelmächte aus der Ukraine mit den dort lagernden Lebensmitteln versorgt werden sollen, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt:**

Oesterreich-Ungarn und Deutschland gehen bei der Versorgung aus der Ukraine einmütig vor. Die militärischen Handlungen haben unsererseits nur die Aufgabe, die Eröffnung des friedlichen Handels mit der Ukraine die Wege zu ebnen und sie sicherzustellen. Der Handel erfolgt durch besondere Organisationen, die teils schon am Platze weilen, teils noch auf der Reise sind. Es ist auch ganz gleichgültig, welche dieser Organisationen mehr oder weniger einkaufen, ob die deutschen oder die österreichisch-ungarischen, die unter der Führung des Grafen Forgach stehen. Der Einkauf erfolgt überall zum Besten beider Staaten und bildet ein gemeinsames Erträgnis, das nach einem bestimmten Schlüssel unter die Zentralmächte aufgeteilt wird. Die Verschiedenheit der zu erwerbenden Lebensmittel und Güter macht einen komplizierten Schlüssel je nach Art der Ware und nach Verschiedenheit des Bedarfs beider Länder nötig. Aber eine Ungleichmäßigkeit in der Aufteilung nach dem Ausmaße der einzelnen Erwerbungen geht daraus nicht hervor. Nach den bisherigen Erfahrungen und Feststellungen der in der Ukraine operierenden militärischen Kräfte sind Vorräte in der Ukraine reichlich vorhanden. Die Bevölkerung der Ukraine kommt den Truppen sympathisch entgegen. Die Behörden der Zentralrada leisten überall dort, wo sie bestehen, wertätige Mithilfe. Die großen Organisationsfragen, die Erfassung und Heraufführung der Waren über die verschiedenen Verkehrswege gehen natürlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180306016/fragment/page=0002

viel und umständliche Arbeit. Wenn diese aber einmal getan ist, was wohl noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, kann man damit rechnen, daß die Vorräte in der Ukraine, zu denen noch jene Waren zählen werden, die wir aus dem nun mit uns im Friedenszustande befindlichen Rußland beziehen werden, eine fraglos gesicherte und stetige Versorgung des Zentralstaaten ermöglichen werden.

Rückkehr von Brest-Litowsk.

WTB. **Berlin**, 5. März. Die Abordnung der deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen, türkischen und russischen Regierungen bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sind nach Unterzeichnung des Vertrages teils Sonntag, teils Montag abgereist. Die russische Abordnung fährt über Dünaburg nach Pleskau. Von den deutschen Herren begeben sich der Gesandte von Rosenberg, Exzellenz von Körner und Exzellenz Kriege vom Auswärtigen Amt, Direktor Schröder vom Reichsschatzamt, Geheimer Legationsrat von Stadthammern und Legationsrat Gaus nach Bukarest, wo sich Staatssekretär von Kühlmann bekanntlich bereits befindet. Wirklicher Geheimer Legationsrat Simons kehrt nach Berlin zurück, ebenso Ministerialdirektor Neuhaus vom Handelsministerium. Geheimer Legationsrat Schüser bleibt einstweilen als Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberbefehlshaber Ost in Brest-Litowsk.

Die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland.

Weitere Verträge.

WTB. **Berlin**, 5. März. Nach Artikel XI und XII des deutsch-russischen Friedensvertrages ist die Regelung der wirtschaftlichen und der Rechtsbeziehungen besonderen gleichzeitig in Kraft tretenden Verträgen vorbehalten. Ueber den Inhalt dieser Verträge, deren Veröffentlichung gleichfalls demnächst erfolgen wird, erfahren wir folgendes:

Die wirtschaftliche politische Anlage stellt im großen und ganzen den deutsch-russischen Handelsvertrag von 1904 wieder her. Einzelne Aenderungen sind durch den Weltkrieg und durch Rücksichten auf unser Interesse veranlaßt, zum Teil tragen sie Unzuträglichkeiten Rechnung, die sich im Laufe der Zeit im deutsch-russischen Handelsverkehr geltend gemacht hatten. Namentlich haben wir durch die Festlegung der freien Durchfuhr die direkte Verbindung im Handelsverkehr über Rußland nach Persien und Afghanistan erreicht, die uns bisher gesperrt war. Von Bedeutung ist ferner, daß jedenfalls bis zum Jahre 1925, bis zu welchem Zeitpunkte auf alle Fälle das

vereinbarte Handelsprovisorium in Geltung bleibt,

der russische Zolltarif auch so, soweit es bisher ungebunden war, nunmehr bindend festgelegt ist und daß wir bis zu diesem Zeitpunkt gegen russische Zollerhöhungen geschützt sind.

Der rechtspolitische Zusatzvertrag verpflichtet Rußland zunächst, die Schäden zu ersetzen, die unseren diplomatischen und konsularischen Vertretern und den kaiserlichen Gebäuden bei Ausbruch des Krieges zugefügt worden sind. Sodann werden alle bisherigen Staatsverträge zwischen Deutschland und Rußland, mit Ausnahme politischer Kollektiv-Verträge, an denen unsere Feinde beteiligt sind, grundsätzlich wiederhergestellt. Auch alle

deutschen Privatrechte in Rußland,

die durch Kriegsgesetze oder durch Gewaltakte verletzt sind, werden hergestellt oder in Geld ersetzt. Besonders ist hier zu erwähnen, daß der russische Schuldendienst gegenüber den deutschen Gläubigern alsbald nach der Ratifizierung des Vertrages wieder aufzunehmen ist und daß die bereits fällig gewordenen Verbindlichkeiten in kurzer Frist zu bezahlen sind.

Ueber den

Ersatz der deutschen Vermögenswerte,

die nicht durch Kriegsgesetze, sondern durch revolutionäre Enteignungsgesetze beschädigt worden sind, ist unter grundsätzlicher Anerkennung der Entschädigungspflicht eine weitere Vereinbarung vorbehalten. Besondere Bestimmungen sind über die Erledigung der auf beiden Seiten eingerichteten Sequestionen, Liquidationen und Treuhandschaften getroffen. Hier werden wohlerworbene Rechte Dritter gewahrt.

Der Austausch der Kriegsgefangenen wird im Anschluß an das Petersburger Abkommen geordnet. Art und Zeit der Rückendung bleibt einer gemischten Kommission überlassen, während rein deutsche Kommissionen auf russischem Gebiet sofort den

Schutz deutscher Gefangener, Zivilinternierter und Rückwanderer

übernehmen. Aufwendungen für Kriegsgefangene werden ersetzt. Die Unterhaltung der Grabstätten gefallener Krieger und gestorbener Gefangener wird gewährleistet. Ein besonderes Kapitel ist dem Schutz der deutschen Kolonisten gewidmet, denen Rußland die Entlassung aus dem Staatsverband, Rückwanderung in die alte Heimat, Schutz des Eigentums und Ersatz für erlittene Unbill zusichert.

Ein weiteres Kapitel regelt die Amnestiefrage; jeder Teil gewährt Straffreiheit den Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Verschickten des anderen Teils, sowie den feindlichen Staatsangehörigen, die seine Kriegsgesetze übertreten haben. Endlich erlangen Straffreiheit die Angehörigen der von Rußland geräumten Gebiete für gewisse militärische und politische Vergehen. Dabei werden die militärischen Interessen Deutschlands während des Krieges durch besonderen Vorbehalt gewahrt. Ueber die Behandlung der beiderseitigen Embargo- und Prisenschiffe sowie über Ladungen werden leitende Grundsätze aufgestellt, Einzelheiten einer gemischten Kommission mit neutralem Obmann überlassen, die in Stettin zusammentritt. Endlich verpflichten sich beide Teile, die durch den Krieg unterbrochene Organisation Spitzbergens im Sinne der deutschen Vorschläge durchzusetzen.

Eine rote Flotte will weiter kämpfen!

WTB. **Stockholm**, 5. März. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge kamen in Helsingfors am 27. Februar vier Kreuzer von Reval an. Zum Schutze des Arbeiterrates in Helsingfors hat die Marine die Gründung einer Roten Flotte beschlossen, die unabhängig vom deutsch-russischen Frieden weiterkämpfen will.

Das Reichswirtschaftsamt.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages steht der Haushaltsplan für das Reichswirtschaftsamt auf der Tagesordnung.

Der Berichterstatter Abg. **Hoch** (Soz.) berichtet über die Teilung des früheren Reichsamts des Innern und die Mehrforderungen an Personal.

Staatssekretär Freiherr **v. Stein**: Wir haben die Stellen nicht leichten Herzens gefordert. Kein Chef wünscht ein übergroßes Personal. Der Reichstag hatte die Ueberzeugung, daß eine Teilung des Reichsamts des Innern unumgänglich war. Zur Bearbeitung der neuen Aufgaben und einer intensiven Bearbeitung der alten mußten mehr Kräfte eingestellt werden. Auch der Vortragende Rat für die Schiffahrt ist notwendig. die Arbeiten werden doch eine dauernde Stelle erfordern. Eine

Revision der vorgenommenen Teilung

zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichswirtschaftsamt schon jetzt vorzunehmen, empfiehlt sich nicht. Hier müssen erst Erfahrungen vorliegen. Das gilt auch für die Wohnungsfrage.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Durch die Gruppeneinteilung der handelspolitischen Abteilung wird Zusammengehöriges auseinandergerissen. Richtiger erscheinen Referenten für einzelne Länder, sonst erhält man Spezialisten; die einzelnen Länder sind doch als Einheiten zu betrachten und zu behandeln.

Staatssekretär Freiherr **v. Stein**: Eine Einteilung nach Gruppen bestand schon immer. Wir brauchen gerade Spezialisten. Durch die Gruppeneinteilung wird nicht etwa das Reichswirtschaftsamt in eine Anzahl Unterämter geteilt; dafür ist die einheitliche Leitung da. Es ist keine Auflösung, sondern ein Zusammenfassen aller Kräfte für einen gemeinsamen Zweck.

Abg. **Doue** (Sp.): Die Rohstoffversorgung kann nicht nach den Herkunftsländern, sondern nur nach den heimischen Bedürfnissen geregelt werden. Die Wohnungsfrage sollte man dem Reichswirtschaftsamt ganz überweisen.

Abg. **Keinath** (nl.): Die fachmännischen Kreise werden in Zukunft viel aktiver werden, und dazu ist eine genaue Kenntnis der Bedürfnisse und auch Personenkenntnis im Reichsamt notwendig. Eher könnte man eine noch weitergehende Spezialisierung wünschen. Natürlich hat diesem Form der Organisation auch ihre Schwächen.

Abg. **Graf Posadowsky**: Es gibt keinen Polyhistor auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Textilindustrie z. B. ist für sich ein so ungeheures Gebiet, daß nur der Spezialist hier bei handelspolitischen Verhandlungen genügend Sachkunde haben kann. Mit der Wohnungs- und Siedlungsfrage kann es ruhig eine Weile organisatorisch so weitergehen, aber beide Fragen gehören untrennbar zusammen. Vielleicht läßt sich für den nächsten Etat dem Rechnung tragen. Wie ist es mit der Stellung Dr. Helfferichs? Er ist als Sachverständiger in Spezialfragen mit seinen Arbeiten beauftragt, für seine Arbeiten tragen die Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamtes und des Reichsschatzamtes die Verantwortung.

Staatssekretär: Dr. Helfferich gehört in kein Ressort hinein. Der Redner verliest das Schreiben des Reichskanzlers an Helfferich, welches den ihm erteilten Auftrag enthält, wirtschaftliche Vorarbeiten für den Friedensschluß zu machen und zusammenzufassen. Mit der Uebergangswirtschaft hat er nichts zu tun.

Abg. **Schiele** (kons.): Gegen die geforderten Stellen haben wir kein Bedenken, vielleicht wären doch mehr Hilfsarbeiterstellen statt dessen vorzuziehen. Wohnungs- und Siedlungsfragen gehören zusammen. Die beantragte Stelle für den Verkehrsreferenten halten wir besonders notwendig.

Darauf entspinnt sich eine Debatte über die ehrenamtlich im Reichswirtschaftsamt beschäftigten Vertreter des praktischen Lebens.

Abg. Dr. **Mayer-Kaufbeuren** (Ztr.): Die Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes sind ungeheuer wichtig und seine neue Organisation von unten auf war notwendig. Ob sie in jeder Beziehung das Richtige getroffen hat, ist nicht unbedingt sicher. Das frühere Reichsamt des Innern konnte die Wirtschaftsfragen nicht mehr genug beherrschen. Man hätte schon früher sachkundige Industrielle heranziehen sollen. Die Fachausschüsse werden nicht überall günstig beurteilt. Man sollte ihnen nicht zu viel vertrauen.

Staatssekretär **von Stein**: Dr. Helfferich hat nichts mit den Ressorts zu tun, sondern ist Beauftragter des Reichskanzlers.

Abg. **Südekum** (Soz.): Wieweit sind Helfferichs Kompetenzen abgegrenzt? Die ehrenamtlichen Beiräte aus den Industrien sind eine Einrichtung, die noch der Klärung bedarf. Können wir für ihre Tätigkeit den Staatssekretär verantwortlich machen? In einem Spezialfall kamen lebhafte Klagen aus Bayern wegen einseitiger Bevorzugung gewisser Unternehmungen. Gegen die Heranziehung von Unternehmern ist an sich nichts einzuwenden, aber man sollte auch Arbeiter heranziehen.

Staatssekretär: Für die berufsständischen Mitarbeiter trage ich die Verantwortung. Sie ist groß, aber wer ihr aus dem Wege gehen will, darf nicht Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes sein. Die Klagen aus Bayern haben mit dem Reichswirtschaftsamt nichts zu tun. Die Anträge erteilt das Kriegsamt. Die Heranziehung berufsständischer Mitarbeiter entspricht vielfach ausgesprochenen Wünschen, daß schiefe Auffassungen nicht ausbleiben würden, war vorauszusehen. Weiter werden herangezogen werden, auch zu den Fachausschüssen. Auf die politische Richtung wird keine Rücksicht genommen werden.

Deutsches Reich.

Wucher mit Notstandskleidung?

Der neugewählte sozialdemokratische Abgeordnete für Bautzen, Uhlig, hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht:

„In einem streng vertraulichen Schreiben, von dem nach einem darin gegebenen Hinweise keinerlei Mitteilung an das Publikum und die Presse gelangen darf, teilt der Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung, e. V., Sitz Düsseldorf, seinen Mitgliedern mit, daß die Reichsbekleidungsstelle dem großen Mangel an Oberkleidung für die minderbemittelte Bevölkerung dadurch abhelfen wolle, daß sie an Stelle der Beschlagnahme der Männer- und Knabenbekleidung in den Detailgeschäften dem oben ge-

Unter der Tropensonne.

Roman von Erika Grupe-Börcher.

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es entfachte ihn zur Wut, wenn er an Mercedes' spöttisches, lächelndes Gesicht, an ihre Frage dachte!

Endlich erhob sich Herbert. Er schob den Stuhl energisch beiseite und ging mit festen Schritten durch den Saal bis zur Tür von Sylvias Schlafzimmer; dann klopfte er an, kurz und energisch, wie jemand, der fest gewillt ist, einzutreten, und der in dem Anklopfen nur eine Pflicht der Höflichkeit erfüllt —. „Wer ist da?" klang es von drinnen zurück.

„Ich bin es!" erwiderte Herbert, schon im selben Augenblick die Tür öffnend, und trat hinein, „ich denke, es wird nicht zu unbefugt sein, wenn ich zum erstenmal das Zimmer meiner eigenen Frau betrete!"

Sylvia stand am Toilettentische und hatte das dünne fließende Battistkleid aufgeknöpft; sie schien gerade im Begriffe gewesen zu sein, es abzustreifen. Die schwere blonde Flechtenkrone, die sie in der Mitte der meist recht kunstvollen Frisuren der Spanierinnen reizend kleidete, hatte sie ebenfalls aufgelöst, und das reiche Haar fiel ihr über die halb entblößten Schultern.

Das befremdete Erstaunen, mit dem sie Herberts unvermutetem Eintritt sah, hatte zugleich etwas Verletzendes, Abweisendes. Das empörte Herbert.

Als er seine letzten Worte noch einmal wiederholt hatte, setzte er hinzu: „Ich habe dich zu sprechen, Auge in Auge, und ohne die Möglichkeit, daß jeden Augenblick ein Diener uns beobachtet. — Ein Gast, der neulich an unserm Empfangsabende zugegen war, hat mir heute gesagt, daß du Herrn v. Koltz bereits früher gekannt haben sollst?"

Er sah, daß ihre Hand plötzlich zitterte und daß die goldene Nadel, mit der sie das Kleid eilig über die Schultern heften wollte, ihren Fingern entglitt.

„Ist es wahr, daß du Herrn v. Koltz, den ich neu einzuführen glaubte, schon vorher kanntest?"

Er trat näher heran und behielt jede ihrer Bewegungen im Auge.

Sylvia schwieg noch einige Sekunden. Dann strich sie sich mit zitternder Hand über das Haar und entgegnete, ihre Stimme zur Ruhe zwingend: „Ja, es ist wahr, ich lernte Herrn v. Koltz schon früher kennen; es war auf der Reise hierher —"

Eine Ahnung stieg in Herbert auf.

Sylvia wich unwillkürlich zurück, als er jetzt nochmals dichter herantrat. Aber er faßte ihre beiden Hände und sah ihr fest in das Gesicht, während eine angstvolle Qual ihn packte.

„Und warum hast du mir das nicht gesagt?"

„Weil ich es nicht vermochte — weil es der Mann war, den ich liebte!" gab sie tonlos zurück.

Herbert hörte nicht den feinen Unterschied, daß sie sagte: „den ich liebte", sondern empfand es nur zum zweitenmal als einen Schlag. Wie damals am Hochzeitsabende, als sie ihm gestand, daß sie nur aus Pflichtgefühl zu ihm gekommen war, daß ihr Herz einem anderen gehörte —

„Das ist der Mann, den du liebst?" wiederholte er, nach Worten suchend, „der Mann, um dessentwillen wir eine Scheinehe führen, der unserem Glücke im Wege steht? Und während ich alle Rücksicht auf deine frühere Neigung nahme, während ich hoffe, daß auch du mit ehrlichem Bemühen dich hier einleben, in mich hineinleben und die Vergangenheit vergessen wirst, treibst du mit einem Manne unter meinen Augen dein Spiel weiter —"

„Ich habe ihn nur an jenem Abende bei uns wiedergesehen und kein Wort gesprochen, dessen ich mich nicht rechtfertigen könnte!" unterbrach sie ihn voll Bitterkeit.

Aber er hörte ihren Einwand nicht, denn der Gedanke, daß er selbst ihr ahnungslos den Nebenbuhler zugeführt hatte, von dem er sie für immer getrennt hoffte, erzürnte ihn so, daß er nur an seinem Gedankengange weiter arbeitete.

„Aber Blicke haben deine Neigung verraten, sonst hätte jener andere Gast mich nicht heute auf dich und Herrn v. Koltz aufmerksam gemacht! Ich habe an deine Ehrlichkeit geglaubt, als du mir an unserem Hochzeitstage sagtest, du könntest mich nicht lieben, weil dein Herz einem anderen gehört. Du hast mir damals weh getan, denn ich brachte dir meine besten Absichten, mein Herz, meine ganze Fürsorge entgegen. Nun aber hast du mich viel tiefer verletzt, wo der Gedanke an deine Ehrlichkeit zerreißen mußte! Hättest du weiter ehrlich gehandelt, dann wärest du zu mir gekommen und hättest gesagt: Du selbst hast ahnungslos mir den Mann wieder zugeführt, den ich vergessen sollte. Meine Liebe zu ihm ist aufs neue erwacht, ich werde mich nie zu dir bekennen können, darum gib mich frei!" Aber du hast dich nicht im geringsten verraten, und erst durch Dritte erfahre ich —"

Er hielt einen Moment inne, da er Sylvia eine Bewegung machen sah, als wollte sie sprechen, sich verteidigen. Sie wollte sagen: „Wenn du wüßtest, was ich an jenem Abend, was ich in diesen Tagen unter meiner Unaufrichtigkeit gelitten habe! Aber das Geständnis, die Schmach, daß jener andere, den ich liebte, nur mit mir gespielt hatte, daß ich in seiner glatten Oberflächlichkeit nur ein Zeitvertreib für ihn gewesen war — das vermochte ich dir nicht einzugestehen!"

Aber auch jetzt wollten die Worte ihr nicht über die Lippen. Sie stand an die Wand gelehnt, blaß, mit geschlossenen Augen. Als Herbert immer heftiger wurde, überkam sie eine große Resignation. Aus seinen Worten vorhin, aus dem Klange seiner Stimme hatte sie herausgehört, daß Herbert sie von Anfang an dennoch geliebt hatte. Nun hatte sie auch seine Liebe zerscherzt! Nun war alles vorbei! Jener andere war ein gewissenloser Weltmann, und ihren ehrlichen Mann hatte sie damals um jenes anderen willen von sich gestoßen —.

Und im Gefühl dieser drückenden Erkenntnis schwieg Sylvia mit zusammengepreßten Lippen. Herbert aber sprach und sprach, als müsse ihm die ganze Bergeslast vom Herzen. Hätte sie ihm erregt widersprochen, sich zu rechtfertigen gesucht, so wäre es ihm lieber gewesen. So aber, wie sie mit geschlossenen Augen, bleich und ohne zu antworten, vor ihm an der Wand lehnte, wie sie stumm seine erzürnten, vorwurfsvollen, empörten Worte über sich ergehen ließ, war und blieb sie für ihn unnahbar. Er hatte den glühenden Wunsch, sie in seine Arme zu nehmen, sie zu küssen und ihr zu sagen: „Ich will dir alles vergeben, wenn du mir gehörst und dich jetzt ganz von jenem andern wendest!"

Und dabei war Sylvia an der Grenze ihrer Selbstbeherrschung, in ihr kämpften die Tränen, und sie hatte die Empfindung: Wenn ich meinen Kopf an seine Schulter lehnen könnte, dann wollte ich ihm alles sagen. Aber jetzt habe ich alles verscherzt, und er wird mich verachten —.

Und da sie immer noch schwieg, blickte Herbert erzürnt vor ihr stehen. Er gewann die Ueberzeugung, daß sie fester denn je an jenem andern hing. —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180306016/fragment/page=0003

nannten Verbande die Verpflichtung zur Lieferung von 25 000 Anzügen auferlegt und den Ablieferern gestattet habe, auf den Fakturen- oder Einstandswert dieser Rotstandskleidung Zuschläge bis zu 50 Prozent zu machen. Hat der Herr Reichskanzler Kenntnis von diesem ganzen Verfahren, im besonderen von der durch die bewilligten Zuschläge bewirkten ungeheuerlichen Verteuerung der Rotstandskleidung für die minderbemittelte Bevölkerung? Und was gedenkt er dagegen zu tun?"

Halle und Umgebung.

Halle, den 6. März 1918.

Anbau von Frühkartoffeln.

Vom Kriegsernährungsamt wird mitgeteilt: Ein möglichst umfangreicher Anbau von Frühkartoffeln in allen Gegenden, welche sich dazu eignen, ist auch in diesem Jahre ganz besonders geboten. Wie im vergangenen Jahre werden die frühsten Sorten, die in Mistbeeten, Treibhäusern und gartenmäßigen Kulturen gezogen sind, von der Festsetzung eines einheitlichen Höchstpreises für das Reichsgebiet und von der öffentlichen Bewirtschaftung, und zwar bis zum 30. Juni, ausgenommen bleiben. Mit dem 1. Juli muß jedoch mit Rücksicht auf die Lage der Vorräte die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln einsetzen. Wie bereits früher mitgeteilt, ist damit zu rechnen, daß im Monat Juli der Höchstpreis für Frühkartoffeln nirgends unter 8 Mark für den Zentner festgesetzt werden wird. Um den großen Verschiedenheiten innerhalb der einzelnen Anbaugebiete in der Ergiebigkeit und in der Reifezeit der Frühkartoffeln gerecht zu werden, ist in Aussicht genommen, die Landes- und Provinzialkartoffelstellen wiederum zu ermächtigen, je nach den Verhältnissen in ihrem Amtsbereiche mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle eine Erhöhung des Julipreises wie im Vorjahre bis zur zulässigen Höchstgrenze von 10 Mark vorzunehmen und schon jetzt bekanntzugeben. In gleicher Weise soll vom 1. August ab durch die Vorstände der Landes- und Provinzialkartoffelstellen, in denen Erzeuger, Verbraucher und Händler vertreten sind (mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle), unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse der Anbau der Kartoffelpreise mit der Maßgabe vorgenommen werden, daß der Preis für Herbstkartoffeln am 15. September erreicht ist.

Als Direktor des fürstlichen Gymnasiums und Realgymnasiums in Rudolstadt ist Herr Studienrat Dr. H. Siefert vom hiesigen Stadtgymnasium (nicht, wie infolge eines Schreibfehlers des Einsenders zu lesen war, Herr Studienrat Dr. Siebert) berufen worden.

Auszeichnung. Dem Oberkriegsgerichtssekretär Herrn Förster beim stellv. General-Kommando X. A. K. in Hannover, ist das Oldenburgische Friedrich-August-Kreuz verliehen worden.

Literarische Gesellschaft. In dem Donnerstag, den 7. März, im Thaliasaal stattfindenden Vortragsabend erscheint der dänische Andersenerzähler Jacob Texière. Er ist kein Vorleser im gewöhnlichen Sinn, die wundersame Welt Andersens, in der tote Dinge eine Seele bekommen, wird durch seine Kunst zu einem innigen Erlebnis. Der Vortrag beginnt pünktlich 8 Uhr. Eintrittskarten sind in der Musikalienhandlung Heinr. Hothan, Gr. Ulrichstraße, zu haben.

Provinzial-Nachrichten.

Bettstedt, 5. März. (Eine freudige Ueberraschung) erwartete Sonntag vormittag Theaterdirektor Oskar Pitschel bei seinem Eintreffen hier. In der Nacht vom 23. zum 24. Oktober vor. Jahres waren ihm nach einer Vorstellung im „Ratskeller"-Saal aus einem Ankleideraum eine Menge Kleidungsstücke, Vorhänge usw. im Gesamtwerte von einigen tausend Mark gestohlen worden. Trotzdem er eine gute Belohnung auf die Ermittelung der Täter ausgesetzt hatte, blieben damals Nachforschungen erfolglos. Jetzt bei dem Wachtmeister Bartholome in Begleitung des Hilfspolizeisergeanten Spengler bei einer bei den Bergleuten Karl Klepsis, Zierbergeplatz, und Richard Aleite, Helenenstraße, vorgenommenen Haussuchung den größten Teil der gestohlenen Sachen gefunden und wieder herbeigeschafft. Das Eigentum des Direktors Pitschel ist bis auf einen Vorhang, der zerschnitten und in Gebrauch genommen war, sämtlich wiedergefunden. Dagegen ist von dem Eigentum der Schauspielerin Luise Kreutzer-Berlin erst ein Teil wieder zur Stelle. Letztere hat gegen den Direktor eine Schadenersatzklage von 2000 Mark, gleich dem jetzigen Wert der Garderobe, deren Anschaffungskosten sich auf zirka 800 Mark belaufen haben, angestrengt, die nun zum Teile gegenstandslos werden dürfte.

Wettin, 2. März. (Leichenlandung.) Unweit Döblitz wurde die Leiche des von Johannesthal gebürtigen Barbierlehrlings Schmidt, welcher sich in Halle in der Lehre befand, geländet. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

XX **Artern,** 5. März. (Einen dreisten Raub) am hellen Tage führten am Donnerstag nachmittag zwei polnische Arbeiter in dem Konfektionsgeschäft von Kämmerer in der Leipziger Straße hier aus. Sie erklärten der Frau des Geschäftsinhabers, einen Anzug kaufen zu wollen. Als der eine von ihnen vor dem Spiegel im Beisein der Frau Kämmerer anprobierte, ließ der andere unter seiner Pelerine einen Anzug verschwinden. Als der Anprobierende durch den Spiegel merkte, daß seinem Kumpan der Diebstahl geglückt, erklärte er: „Anzug paßt sich nich, kommen wieder." Jetzt sah auch Frau Kämmerer, daß der angeblich Unbeteiligte unter der Pelerine etwas verborgen hielt. Sie stellte sich deshalb vor die Ladentür, verschloß sie und verwehrte den Beiden den Ausgang mit der Forderung, erst das unter der Pelerine Verborgene herausgeben. Hierzu verstanden sich aber die beiden tapferen polnischen „Brüder" nicht. Sie schoben Frau Kämmerer gewaltsam zur Seite, schlossen die Tür auf und ergriffen die Flucht. Nachdem Frau Kämmerer festgestellt, daß ein Anzug im Verkaufspreis von 87 Mark fehlte, nahm sie polizeiliche Hilfe in Anspruch. Die sofort eingeleitete Verfolgung war ergebnislos.

Pressel bei Düben, 5. März. (Eingeäschert.) Gestern früh gegen 4 Uhr ist die Schneidemühle nebst Wohnung des Mühlenbesitzers Theodor Kühne vollständig niedergebrannt. Erhebliche Lagervorräte sind dabei vernichtet worden. Ueber die Entstehungsursache verlautet nichts.

Merseburg, 5. März. (Mietzinserhöhung.) Der Hausbesitzerverein beschloß infolge der erhöhten Unterhaltungskosten ab 1. April die Mieten um 10 bis 15 Prozent zu erhöhen.

Goch, 5. März. (Verhaftung eines Einbrechers.) Am Sonntagabend gelang es der Polizei, einen Menschen zu verhaften, der sich als Kriminalbeamter ausgegeben und sich seiner Festnahme durch die Flucht über mehrere Dachböden zu entziehen versucht hatte. Er stellte sich [illegible] als der Einbrecher war, der [illegible] in einem Geschäft [illegible] für 20 000 Mark Waren [illegible] hatte. Es ist ein 28 Jahre alter fahnenflüchtiger Soldat zweiter Klasse namens Brakan aus Neuschau, bei dessen Familienangehörigen auch der größte Teil der gestohlenen Waren vorgefunden wurde.

Letzte Depeschen.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 5. März, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 5. März. Amtlich wird verlautbart: **An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.**

Die Operationen zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit in der Ukraine nehmen den beabsichtigten Verlauf.

Rumänien hat die Waffenstillstandsbedingungen der Mittelmächte angenommen.

Der Chef des Generalstabes.

Feste Bande zwischen der Türkei und Bulgarien.

Glückwunschtelegramme zwischen Hakkim Pascha und Radoslawow.

WTB. Sofia, 5. März. (Drahtnachricht.) Anläßlich des Friedensabschlusses zwischen dem Vierbund und Rußland telegraphiert der Führer der türkischen Abordnung in Brest-Litowsk, der ehemalige Großwesir Hakkim Pascha, an den Ministerpräsidenten Radoslawow, um ihn zu dem erreichten Erfolge zu beglückwünschen und für die Unterstützung zu danken, die ihm die bulgarische Delegation im Laufe der Verhandlungen zur Wahrung der Interessen des Landes gewährt habe. Der Ministerpräsident Radoslawow dankte in seiner Antwort Hakkim Pascha für seine Glückwünsche und für die Anerkennung der Unterstützung durch Bulgarien, und drückte die Zuversicht aus, daß ihrerseits die Türkei, mit der Bulgarien durch feste Bande verknüpft sei und auf die es in Zukunft wie in der Gegenwart rechne, ihm dieselbe Unterstützung zur Wahrung der Interessen der bulgarischen Nation gewähren werde.

Ein neuer Brief Lord Lansdownes.

Neue Hoffnungen Lansdownes.

Rotterdam, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) In einem neuen Brief spricht Lord Lansdowne die Meinung aus, daß die letzte Rede Hertlings merkliche Fortschritte für den Gedankenaustausch bedeute. Es lasse sich eine solche Vorbesprechung wohl in einem kleinen Kreise erzielen, sonst aber müßten die öffentlichen Reden über den Kanal weiter fortgesetzt werden. Lord Lansdowne sagt, er könne nicht einsehen, warum diese Wechselbesprechungen nicht erfolgreich fortgeführt werden können oder warum man nicht vorschlagen soll, daß diese in vertrauliche Beratungen übergingen.

Eine föderative Staatsform in Großbritannien?

Ein geheimer Plan.

WTB. Rotterdam, 5. März. (Drahtnachricht.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph" berichtet, daß ein Versuch unternommen wird, die Mitglieder des Ober- und Unterhauses für den Fall, daß die irische Konvention zu keiner Einigung führen sollte, für die Einführung eines föderativen Systems im Vereinigten Königreich zu gewinnen. Vorläufig bewahrt man über den Plan Stillschweigen.

Orlando über die Kriegsziele des Vielverbandes.

Schnell fertig mit dem Wort.

WTB. Rom, 5. März. (Drahtnachricht.) Im weiteren Verlaufe seiner Rede im Senat betonte Orlando, daß in Italien vollkommene Einigkeit herrsche, die sich in einer unbedingten Fortsetzung des Krieges äußere. Alle Parteien verlangten die Fortsetzung der kriegerischen Bemühungen und Widerstand um jeden Preis bis zum Aeußersten. Orlando brachte erneut die lebhafte Sympathie der italienischen Regierung für das montenegrinische Volk zum Ausdruck, dessen Befreiung von der gegenwärtigen Besetzung zu den Kriegszielen Italiens und der gesamten Entente gehöre. Italien verfolge in diesem Kriege als wesentlichste Kriegsziele die Erlangung von Grenzen, die verteidigt werden könnten, und den Schutz der unverletzbaren Rechte des italienischen Volkes. Es gäbe gegenwärtig für den Krieg nur ein Ziel, nämlich: Besiegen, und das Mittel, um es zu verwirklichen, bestehe darin, sein Möglichstes zu tun, um den Feind zu schwächen. Zur Lage im Inneren des Landes übergehend, erklärte Orlando, er halte es für überflüssig, abermals den unerschütterlichen Entschluß der Regierung zu betonen, den Burgfrieden zu erhalten.

Der Ministerpräsident schloß: Wir können und sollen das Opfer unseres gesamten Eigentums, unserer Zukunft, unseres Vermögens und unseres Lebens bringen, aber das Vaterland muß unsterblich sein. Man muß alles versuchen und wagen, damit Italien lebe. Scianloja begründete darauf eine Vertrauenstagesordnung, worauf der Senat sich bis auf Weiteres vertagte.

Gesandter Rizow über die Verhandlungen mit Rumänien.

Budapest, 5. März. Der bulgarische Gesandte Dr. Rizow äußerte sich dem Berliner Vertreter des „Az Est" gegenüber über die Friedensverhandlungen mit Rumänien wie folgt:

Nach meiner Ueberzeugung ist Rumänien zum Frieden ganz entschieden bereit. Den Kernpunkt der Verhandlungen bildet naturgemäß die Dobrudschafrage. Die Behauptung, daß Rumänien durch die Abtretung der Dobrudscha an Bulgarien den Ausgang zum Meere verlieren würde, entspricht nicht den Tatsachen. Der Meerweg Rumäniens führte stets über Galatz und Braila, der größte Teil des rumänischen Verkehrs wickelte sich auf dieser Donaulinie ab. Die Linie Tschernawoda—Konstanza wird in finanzieller Hinsicht auch weiterhin den Zuckerexport Rumäniens dienen, und die Rumänen werden in der Lage sein, Konstanza als Freihafen zu benutzen. Die Forderung Ungarns auf Sicherung des Grenzschutzes gegenüber Rumänien ist insofern besonders wichtig, als zwischen Bulgarien und Ungarn eine unmittelbare Grenzlinie bestehen muß. Dagegen können Rumäniens Ansprüche auf die von Rumänen bewohnten Gebiete Bessarabiens befriedigt werden.

Die Schreckensherrschaft der roten Garde in Finnland.

WTB. Stockholm, 4. März. Nach Meldungen in Stockholms „Tidningen" hat die Schreckensherrschaft der roten Garde in Helsingfors im Anschluß an die Nachrichten vom Herannahen der Deutschen ihren Höhepunkt erreicht. Die revolutionäre Regierung scheint ihre letzten Kräfte zusammen zu raffen, um sich nach Möglichkeit lange zu halten. Aus Reval sind 5000 geflohene russische Soldaten und rote Gardisten angekommen. — Nach einer Aeußerung des finnischen Kommissars Sirola, Minister des Aeußern der revolutionären Regierung, gegenüber einem Mitarbeiter von „Socialdemokraten", trägt diese den Sieg davon, falls Deutschland sich nicht einmischt.

Eine neue amerikanische „Freiheitsanleihe"

Die großen deutschen Schiffe von der amerikanischen Kriegsmarine übernommen.

WTB. Washington, 2. März. (Reuter.) Der Schatzsekretär Mac Adoo veröffentlicht einen Bericht für Februar, wonach die Kriegsausgaben in diesem Monat 12 878 608 Dollar betragen, wovon 325 Millionen Dollar an die Alliierten verliehen wurden. Mac Adoo kündigte für Anfang April die Werbung einer neuen Freiheitsanleihe an. Die Staatskommission für militärische Angelegenheiten empfahl eine Gesetzgebung, durch die der Präsident die Kontrolle über die amerikanische Holzindustrie erhält. Wilson unterzeichnete ein Gesetz, durch das 50 Millionen Dollar zur Beschaffung von Wohnungen für die Angestellten der Schiffsbauindustrie bewilligt werden. In der zweiten Hälfte 1917 wurde die amerikanische Handelsflotte um 330 Schiffe vermehrt, wobei die großen deutschen Schiffe, wie „Vaterland", die von der Kriegsmarine übernommen wurden, nicht mitgezählt sind.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 5. März. An der Börse erhielt sich bei stillem Verkehr die feste Grundstimmung, die sich im Verlaufe in Kursbesserung einiger Schiffahrts- und Montanwerte, wie Hamburg-Südamerikaner und Laurahütte deutlicher auswirkte. Elektrizitätswerte lagen ebenso wie Daimler etwas schwächer. Rheinmetall zogen später kräftig an. Der Rentenmarkt bewahrte festes Aussehen, sowohl für heimische als auch für russische und österreichisch-ungarische Werte.

Devisenkurse.

Berlin, 5. März.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der neutralen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—	—	—	—
Holland	100 fl.	215,50	216,00	215,50	216,00
Dänemark	100 Kr.	152,50	153,00	152,50	153,00
Schweden	100 Kr.	162,25	162,75	162,25	162,75
Norwegen	100 Kr.	159,25	159,75	159,25	159,75
Schweiz	100 Fr.	112,50	112,75	112,50	112,75
Wien	100 K.	66,55	66,65	66,55	66,65
Budapest					
Bulgarien	100 Leva	79,00	79,50	79,25	79,75

Konstantinopel Geld 18,85 Brief 18,95 für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 111,60 Brief 112,00 für 100 Peseten.

Getreide.

Berlin, 5. März. Im heutigen Produktenverkehr lagen keine besonderen Anregungen vor. Saathülsenfrüchte sind an dauernd stark begehrt, können indessen von den Händlern nicht beschafft werden. Die übrigen Sämereien sind nur in geringen Mengen angeboten, namentlich Serradella, Rotklee und Grassamen waren in größeren Posten vergeblich gesucht. Was herankommt ist meist schon vorher disponiert. Das Fehlen von Heu und Stroh wird andauernd für unangenehm empfunden, um so mehr als auch von Ersatzstoffen sehr wenig zur Verfügung steht. Wetter: Schön.

Hirsch Kupfer- und Messingwerke A.-G. Berlin. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen: den Reingewinn in Höhe von 5 332 345 Mark (4 969 690) wie folgt zu verteilen: 20 Proz. Dividende (wie im Vorjahre) auf das erhöhte Aktienkapital von 15 000 000 Mk., den Reservefonds II 250 000 Mk. (beide Reservefonds im Vorjahre 1 Mill. Mark), für Beamtenversorgungskassen und verschiedene Kriegswohlfahrts- und allgemeine Zwecke 1 Million wie im Vorjahre, an die Talonsteuerrücklage 18 000 Mk. (i. V. 20 000), für statutenmäßige Aufsichtsratstantieme 274 643 Mk. (185 496). Der Rest von 789 702 Mk. (764 193) ist auf neue Rechnung vorzutragen. Der Betriebsüberschuß des Geschäftsjahres 1917 stellt sich auf 9 664 247 Mk. (8 158 785). Die allgemeinen Geschäftsunkosten betragen 3 774 122 Mk. (2 758 571), die Abschreibungen 557 779 Mk. (436 533).

Zuckerraffinerie Genthin, A.-G. in Genthin. Nach dem Geschäftsbericht für 1916/17 wurde einschließlich 33 662 (i. V. 1629) Mark Vortrag und nach Zuweisung von 517 200 (286 000) Mark zur Sonderrücklage sowie nach 328 527 (504 628) Mark Abschreibungen ein Reingewinn von 495 169 (382 988) Mark erzielt, der folgende Verwendung findet: wieder 10 Prozent Dividende gleich 225 000 Mark, 100 000 Mark der gesetzlichen Rücklage, 50 000 Mark der Sonderrücklage überwiesen, 99 968 Mark als Gewinnanteile und Belohnungen verwendet und 20 201 Mk. vorgetragen. Von dem Aktienkapital von 4,50 Mill. Mark sind 2,25 Mill. Mk. noch nicht eingezahlt. Die Wertpapiere betragen 487 818 Mark (55 159 Mk.), Vorräte 705 732 (121 406) Mark und Außenstände 2 684 495 (4 234 677) Mark, darunter Bankguthaben 1 847 366 Mark. Die laufenden Schulden stellen sich auf 2 869 880 Mark (3 912 374 Mk.), darunter an Steuer 1 646 538 Mk. Die Gesellschaft verarbeitete im abgelaufenen Jahre 1 161 440 (707 760) Zentner Rüben und 324 600 (1 147 350) Zentner Rohzucker auf Verbrauchszucker und gewann daraus 449 929 (1 136 069) Zentner Verbrauchszucker und 92 911 (145 811) Zentner Nacherzeugnisse und Melasse. Die Ausbeute der Rüben war ganz vorzüglich, und diesem Umstande ist es in erster Linie zu danken, daß das Ergebnis des Geschäftsjahres trotz aller Schwierigkeiten und der hohen Preise für Kohlen, Oele, Bitterstoffe usw. als gut bezeichnet werden kann.

Erbse (5. März).

Lissa	+9,06	Breslau	+3,48
Dresden	−0,85	Posen	+4,42
Torgau	+4,64	Chemnitz	+3,83
Wittenberg	[illegible]	Magdeburg	[illegible]

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Salmp; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hugo Franke.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180306016/fragment/page=0004